

# Stadt.Macht.Geld

## Wem gehören Deutschlands Städte?

Autorin: Ruth Jung  
Redaktion: Udo Zindel  
Regie: Maria Ohmer  
Dienstag, 9. April 2013, SWR2 Wissen, 8.30 Uhr

---

**Bitte beachten Sie:**

*Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.*

*Mitschnitte auf CD von allen Sendungen der Redaktion SWR2 Wissen/Aula (Montag bis Sonntag 8.30 bis 9.00 Uhr) sind beim SWR Mitschnittdienst in Baden-Baden für 12,50 € erhältlich. Bestellmöglichkeiten: 07221/929-26030*

*SWR2 Wissen können Sie auch als Live-Stream hören im SWR2 Webradio unter [www.swr2.de](http://www.swr2.de) oder als Podcast nachhören: <http://www1.swr.de/podcast/xml/swr2/wissen.xml>*

**Manuskripte für E-Book-Reader**

*E-Books, digitale Bücher, sind derzeit voll im Trend. Ab sofort gibt es auch die Manuskripte von SWR2 Wissen als E-Books für mobile Endgeräte im so genannten EPUB-Format. Sie benötigen ein geeignetes Endgerät und eine entsprechende "App" oder Software zum Lesen der Dokumente. Für das iPhone oder das iPad gibt es z.B. die kostenlose App "iBooks", für die Android-Plattform den in der Basisversion kostenlosen Moon-Reader. Für Webbrowser wie z.B. Firefox gibt es auch so genannte Addons oder Plugins zum Betrachten von E-Books.*  
<http://www1.swr.de/epub/swr2/wissen.xml>

**Kennen Sie schon das neue Serviceangebot des Kulturradios SWR2?**

*Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen.*

*Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder [swr2.de](http://swr2.de)*

---

ATMO / Musik: Brad Mehldau, CD Largo, Track 9 Free Willy (Warner Music 2002; LC 00392)

O-TON Susanne Heeg

Ich glaube, dass diese Spaltung zwischen arm und reich, die wir in Städten gegenwärtig erkennen können, viel besser sichtbar ist durch diese entschiedene Form der Gentrifizierung. Die Ursache dafür ist Liberalisierung der Finanzmärkte, ist Auflösung von klassischen Arbeitsverhältnissen, also die Verunsicherung von Arbeit und Leben, die wir in der gegenwärtigen Phase erkennen können.

Sprecher:

Susanne Heeg, Professorin für Geographische Stadtforschung an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

Ansage:

Stadt. Macht. Geld – wem gehören Deutschlands Städte?  
Eine Sendung von Ruth Jung.

Sprecher:

In deutschen Städten wird viel gebaut. Doch es sind vor allem repräsentative Geschäftsgebäude und ebenso großzügige wie teure Eigentumswohnungen, die hochgezogen werden. Bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen wird immer knapper.

ATMO Fußgängerzone Stuttgart

Sprecherin:

Samstagnachmittag in der Stuttgarter Innenstadt. Es ist viel los, der Winterschlussverkauf lockt die Leute. Auch die schwäbische Großstadt hat sich wie viele andere deutsche Städte in den letzten Jahren durch ständiges Bauen verändert.

O-TON Günter Krappweis

Also in Stuttgart selber hat sich auffällig verändert, dass diverse Gebäude, auch alte Gebäude leider abgerissen werden, und nach meinem Empfinden nicht durch bessere und schönere Häuser ersetzt werden, sondern eher nur nach Funktionalität und nach Renditeorientierung.

Sprecher:

Günter Krappweis lebt seit über zwanzig Jahren in Stuttgart; der gebürtige Berliner ist Initiator und Sprecher der Mieterinitiative LBBW Patrizia.

O-TON Günter Krappweis

Man versucht halt hier, das schnelle Geld zu machen. Es entstehen Hotels, Geschäftsgebäude, Bürogebäude, obwohl in Stuttgart eigentlich gar kein Bedarf für Büros besteht, weil eh schon teilweise sehr viele leer stehen, aber man versucht in den Innenstadtkernen immer mehr Büros anzusiedeln und das ist meiner Meinung nach auch ein Problem der Immobilienspekulation.

Sprecherin:

Günter Krappweis lebt seit 1990 in einer Wohnung der früheren Eisenbahn-Siedlungsgesellschaft im Nordbahnhofsviertel, die 2001 an die Baden-Württembergische Landesbank Immobilien GmbH verkauft wurde. Die BW Bank, die nach Milliarden-Verlusten mit öffentlichen Geldern „gerettet“ worden war, verkaufte dann – allein in Stuttgart – 3.900 Wohnungen an die Patrizia AG, ein bundesweit tätiges börsennotiertes Immobilienunternehmen.

O-TON Günter Krappweis

Durch den Verkauf haben wir die Befürchtung gehabt, dass sich also die Mietsituation verschärft. Das ist allerdings auch wahr geworden und aufgrund dessen wurde also die

Mieterinitiative LBBW Patrizia gegründet, um hier die Mieter zu mobilisieren und sich gegen die Auswirkungen der Privatisierung zu wehren.

Sprecherin:

Mit einem Mietzins von nur fünf Euro pro Quadratmeter waren die einfach ausgestatteten Wohnungen bisher auch für Menschen mit kleinen Einkommen bezahlbar. Das könne sich ändern, meint Günter Krappweis:

O-Ton Günter Krappweis

Die Mieterinitiative LBBW Patrizia nimmt an, dass also durch den Umbau des Bahnhofs die Wohnungen der Eisenbahnsiedlungsgesellschaft, die jetzt verkauft worden sind an die Patrizia, die rücken in das Zentrum der Stadt und sind damit interessant für die Finanzinvestoren oder für die Miethaie, um dort mit den Mietpreisen zu spekulieren.

Sprecher:

„Die Chance, eine bezahlbare Wohnung in Stuttgart zu finden oder zu behalten, kommt fast einem Lottogewinn gleich“.

Sprecherin:

so der Geschäftsführer des Stuttgarter Mietervereins, Rolf Gaßmann, in einer Stellungnahme. Er bedauere, dass die schwarz-gelbe Koalition in Berlin an einem Abbau der Mieterrechte festhalte, statt die Probleme am Wohnungsmarkt anzupacken. 2012 sind die Mieten in Deutschland deutlich schneller gestiegen als die allgemeinen Lebenshaltungskosten. Laut Immo-Scout, dem führenden Immobilienvermittler, stiegen Neuvertragsmieten in Stuttgarter Neubauten z.B. um 13,6 Prozent und in Altbauten der Stadt um durchschnittlich 11,3 Prozent.

Zwar hatte sich die Patrizia AG mit dem Kauf der Eisenbahner-Wohnungen zur Einhaltung einer Sozialcharta verpflichtet, doch darauf verlassen möchten sich Günter Krappweis und seine Mitstreiter nicht.

O-TON Günter Krappweis

Das was man zu lesen bekommt, wie der Verkauf unserer Wohnungen stattgefunden hat von der Eisenbahn-Siedlungsgesellschaft an die Patrizia, man steht da, man ist nur baff, dass also selbst die Politiker sagen, sie können dazu eigentlich gar nichts machen. Man muss auch dazu sagen, dass es ja nicht nur die Stuttgarter Wohnungen sind, die betroffen sind. Es betrifft ja 21.500 Wohnungen, und das zieht sich ja wirklich vom Bodensee hoch über den Schwarzwald, übers Oberland, Ulm, Friedrichshafen bis nach Mannheim an die Landesgrenzen.

Sprecherin:

In vielen deutschen Städten fürchten Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, sich die Miete und damit das Wohnen in der Stadt nicht mehr leisten zu können. München gilt mit einem durchschnittlichen Quadratmeterpreis von fast zehn Euro als teuerste Stadt Deutschlands, gefolgt von Stuttgart, Köln und Frankfurt am Main. Während Großstädte früher Einwohner ans Umland verloren und Stadtflucht ein Problem war, lässt sich seit einiger Zeit der gegenteilige Trend beobachten: immer mehr Menschen zieht es in die Städte. Und dieser Trend hält trotz steigender Mieten an, sagt Martina Löw, Expertin für Stadtsoziologie und Stadtentwicklung an der Technischen Universität Darmstadt:

O-TON Martina Löw

Ja, es gibt eindeutig einen Trend zurück und eine wichtige Kraft darin sind die Frauen, weil die sagen, sie möchten nicht mehr in dieser Form leben, dass sie für die Kindererziehung mit Teilzeitjobs in suburbanen Gebieten zuständig sind und die Männer in die Stadt pendeln, sondern sie wollen auch berufstätig sein und das lässt sich in der Stadt viel besser organisieren. Man hat andere Kinderbetreuung, man hat kurze Wege, und dementsprechend führen eben diese neuen Lebensformen und das sich ändernde Geschlechterverhältnis dann auch dazu, dass es wieder eine Zurückbewegung in die Städte gibt.

Sprecherin:

Aber auch für ältere Menschen sind Städte wieder attraktiv geworden. Sie bieten dicht getakteten öffentlichen Nahverkehr und eine gute Anbindung an öffentlichen Fernverkehr, bessere Gesundheitsversorgung, ein breites Angebot an Dienstleistungen und ein reiches Kulturleben.

ATMO Baustelle Frankfurt am Main, Europa-Viertel

Sprecherin:

Eine Großbaustelle in Frankfurt am Main. Auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs nahe der Internationalen Messe entsteht das sogenannte Skyline-Plaza. Ein gläserner Hochhausturm als Krönung des neuen Europa-Viertels. Bei einer Konferenz über Schönheit und Lebensfähigkeit der Stadt, veranstaltet im März 2013 vom Deutschen Institut für Stadtbaukunst in Düsseldorf, diente ausgerechnet dieses Europa-Viertel als „Negativbeispiel“. Stadtplaner, Architekten, Wissenschaftler und Planungsdezernenten waren aus ganz Deutschland zusammengekommen, um über die Grundregeln des Städtebaus zu diskutieren. Wer in einer Stadt baue, müsse ihre Struktur und die Umgebung sehr gut kennen, hieß es. Mit der Struktur des ans Europa-Viertel angrenzenden ehemaligen Arbeiterviertels Gallus hat die neue Siedlung freilich nichts zu tun. Eine Dreizimmerwohnung im Europa-Viertel kostet 1.650 Euro. Wer kann sich das leisten?

O-TON Susanne Heeg

Es gibt eine junge strebsame Schicht, die auf den sozialen Aufstieg schießt und diese junge Schicht, die ist vor allen Dingen jene, die den innerstädtischen Wohnraum nachfragt.

Sprecherin:

Susanne Heeg, Professorin für geographische Stadtforschung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Weiter O-Ton Susanne Heeg

Man kann wiederum fragen, was war zuerst: Henne oder Ei. Waren zuerst diese jungen Kräfte da, die ambitioniert sind, oder waren zuerst Immobilienentwickler da. Da gibt es unterschiedliche Anschauungen. Ich glaube, dass eher das zweite das wichtigere Phänomen ist, also dass es entsprechende Investoren gibt, Projektentwickler, die auch durch einen liberalisierten Finanzmarkt auch an entsprechende Finanzierungen kommen und die dann Innenstädte aufwerten. Aufwertungstendenzen lassen sich immer vom Zentrum ausgehend zum Rand hin erkennen und es trifft immer jene Viertel, die einen sehr schwierigen Wohnungsmarkt haben, in dem Sinne, dass der Wohnungsbestand nicht besonders wertvoll ist oder sehr alt ist, nicht saniert ist, der wird dann davon ergriffen

Sprecherin:

Die Forderung alle Lebensbereiche zu privatisieren, wie sie Befürworter einer neoliberalen Wirtschaftsordnung vertreten, hat Folgen für Städte und ihre Bewohnerstruktur. Wenn öffentliche Flächen an Investoren verkauft werden, wenn auf ehemals städtischen Grundstücken kommerzielle Prestigeprojekte entstehen, haben Stadtparlamente kaum noch Spielraum, gestaltend eingreifen zu können. Sieghard Pawlik, der wohnungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Frankfurter Rathaus, sieht das allerdings anders:

O-Ton Sieghard Pawlik

Wo man in der internationalen Konkurrenz und Wettbewerbssituation ist, der muss man sich stellen, da gibt es leider kein Ausweichen. Aber Wohnungsmarkt in Deutschland ist ja kein internationales Spekulationsobjekt, das will keiner, sondern Wohnungsmarkt ist eine binnen – und innenorganisierte Entwicklung, die hat nach meiner festen Überzeugung nichts mit der Globalisierung und nichts mit anderen Märkten und den anderen Staaten zu tun, die wir hier je nach den Kräftestrukturen im jeweiligen Land selber gestalten können (...) Also ich kenne die Verhältnisse in London beispielsweise (...) Taxifahrer in London sagen einem, der echte Londoner lebt nicht mehr in London und er isst auch nicht mehr in London, beides ist für den

normalen Bürger nicht bezahlbar. Ich möchte eine solche Stadt, wir als Sozialdemokraten möchten eine solche Stadt hier nicht haben. Wie sich das entwickelt, ist Ergebnis gesellschaftlicher Kräfte und Auseinandersetzungen.

Sprecherin:

Gerade in Städten wie Frankfurt, Stuttgart, München beklagen angestammte Bewohner einen Prozess der Verdrängung. Sie sehen sich konfrontiert mit den negativen Folgen der Aufwertung, der Gentrifizierung. Sie ist für viele Städter zu einem Reizwort geworden. Gentry bedeutet im Englischen „niederer Adel“. Christoph Twickel, Journalist in Hamburg und Mitinitiator des Netzwerks „Das Recht auf Stadt“ definiert Gentrifizierung so:

O-TON Christoph Twickel

Gentrifizierung ist eine Maschinerie, die die Teilhabe an der Stadt an Geld und Herkunft festmacht oder über Geld und Herkunft regelt.

Sprecher:

Twickel hat eine Streitschrift mit dem Titel „Gentrifidingsbums oder eine Stadt für Alle“ verfasst.

O-Ton Christoph Twickel

Ich glaube, Gentrifizierung ist derzeit das vorherrschende Stadtentwicklungsrezept, mit dem unsere Politiker die Städte und ihre Einwohnerinnen und Einwohner drangsaliieren und insofern auch ein extrem relevantes Thema für uns alle, weil wir alle damit konfrontiert sind, dass Politiker glauben, mit der Aufwertung der Städte wären sie fein aus dem Schneider, also die Aufwertung unserer Städte würde irgendwelche Probleme lösen. Die Idee, so wird es uns zumindest verkauft, ist ja immer, wenn Leute mit mehr Geld kommen, weil etwas attraktiver wird, dann haben alle was davon, weil dann die Städte oder die Stadtteile, die entsprechenden Viertel, ein Stück weit von der Armut befreit sind. Das Gegenteil ist aber der Fall. Das was passiert, ist ja eigentlich nur ein Verdrängungsprozess, Leute, die sich einen Stadtteil bisher noch leisten konnten, können ihn sich dann nicht mehr leisten und müssen dann wegziehen und ziehen dann meistens in die Peripherie, das heißt weiter weg von dem Kern der Städte.

Sprecherin:

Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern, Frankreich oder Großbritannien zum Beispiel, ist Deutschland ein Mieterland: etwa zwei Drittel der Stadtbewohner wohnen hierzulande zu Miete.

Wenn sich die Bewohnerstruktur verändert, wenn Mietwohnungen in großem Stil in Eigentumswohnungen umgewandelt werden und plötzlich eine soziale Schicht dominiert und die Vielfalt verloren geht, droht auch der Reiz der Stadt verloren zu gehen. Denn Stadt, erinnert Christoph Twickel, sei immer auch eine Verheißung gewesen: von individueller Freiheit und anderen, neuen Lebensformen.

O-Ton Christoph Twickel

Wir wehren uns dagegen, dass dieses Versprechen mehr und mehr an hohe Einkommen geknüpft wird und sagen die Stadt muss für alle da sein. Deshalb halten wir ein Slogan wie Recht auf Stadt, der ja sehr allgemein ist, eigentlich auch für eine sehr zeitgemäße Parole, weil die Städte eben die Orte sind, wo sich ganz viele Leute hinbewegen, weil sie Anteil nicht nur an der ökonomischen Potenz von Städten haben wollen, sondern weil sie lebensweltlich dort sich verorten, weil sie dort eben andere Lebensmodelle entdecken, freier sein können.

Sprecherin:

Le droit à la Ville, Das Recht auf Stadt, heißt ein Buch des französischen Soziologen und Philosophen Henri Lefebvre, das 1967 erschien. Eine Internetplattform für „stadtpolitisch Aktive“ bezieht sich bewusst auf die Gedanken des Franzosen. Für Lefebvre war nicht der geographische Raum maßgebend, sondern der soziale Raum; das Städtische beschrieb er sehr eigenwillig so:

Zitator:

"Das Städtische definiert sich als der Ort, wo die Menschen sich gegenseitig auf die Füße treten, sich vor und inmitten einer Anhäufung von Objekten befinden, wo sie sich kreuzen und wieder kreuzen, bis sie den Faden ihres selbstbezogenen Tuns verloren haben und Situationen sich derart miteinander verwirren, dass Unvorhersehbares entstehen kann."

Sprecherin:

Nach dem Zweiten Weltkrieg bestimmte die „Charta von Athen“ maßgeblich den Städtebau. Die 1933 unter Federführung des Architekten Le Corbusier formulierten Richtlinien empfahlen die räumliche Trennung von u.a. Wohnen, Arbeiten und Erholen. Zum wohlfahrtsstaatlichen Modell der Nachkriegsjahre gehörte es aber auch, eine Stadt zu schaffen, in der Menschen mit kleinem Einkommen leben konnten. Wobei die im Geiste des Funktionalismus wiederaufgebauten Städte mit ihren Trabantsiedlungen meist öde und leblos wirkten. Der Psychoanalytiker und Kulturkritiker Alexander Mitscherlich hielt sie gar für untauglich zur Entwicklung demokratischer Gesellschaftsstrukturen. In seiner noch immer lesenswerten Streitschrift von 1965 „Die Unwirtlichkeit unserer Städt. Anstiftung zum Unfrieden“ heißt es:

Zitator:

„Man pferche den Angestellten hinter den uniformierten Glasfassaden dann auch noch in die uniformierte Monotonie der Wohnblocks, und man hat einen Zustand geschaffen, der jede Planung für demokratische Freiheit illusorisch macht.“

Sprecherin:

Heute führe die Finanznot der Kommunen dazu, dass sie noch die letzten innerstädtischen Grundstücke verkaufen, sozusagen das Tafelsilber verschleuderten, kritisiert Heiner Monheim, Professor für Stadt und Verkehrsplanung und Gutachter im Streit um Stuttgart 21.

O-Ton Prof. Heiner Monheim

Die Städte sind bis auf wenige Ausnahmen kaum noch in der Lage, ja, ihre Aufgaben einigermaßen zu erfüllen, haben so gut wie keinen Spielraum neben dem Minimum, was man als Stadt sowieso machen muss, noch irgendwas selber zu gestalten. Das liegt schlicht und einfach an unserem Finanzsystem. Zunächst mal überhaupt an der Verteilung des Steuerkuchens auf Bund, Länder und Kommunen. Die Kommunen sind da immer in der schwächsten Position. Wir haben auch ne relativ schwache politische Repräsentanz der Städte in unserem Staatswesen. Es gibt Länder, wo es eine dritte Kammer gibt, wo die Kommunen richtig unmittelbar Einfluss nehmen können auf die Gesetzgebung. Wir haben natürlich nen deutschen Städtetag und einen Städte- und Gemeindebund und nen Landkreistag, aber die sind verglichen mit dem sonstigen Politikbetrieb eigentlich zu schwach aufgestellt, die können immer nur im Nachhinein in die Suppe spucken.

Sprecherin:

Deshalb plädiert die frühere Frankfurter Oberbürgermeisterin und langjährige Vorsitzende des Deutschen Städtetages, Petra Roth CDU, entschieden für eine politische Stärkung der Kommunen. 2011 stellte Petra Roth ihr Buch „Aufstand der Städte. Metropolen entscheiden über unser Leben“ vor, darin heißt es:

Zitator:

„Grundsätzlich gilt: die Lage ist kritisch, mit einem Aufstand der Städte ist zu rechnen. Die Städte müssen handlungsfähig bleiben, denn sie erbringen einen Großteil der öffentlichen Leistungen für die Bürger (...) Um hierbei den wachsenden Herausforderungen gerecht zu werden, sollten Bund und Länder die Städte als Partner begreifen und nicht weiter ins Abseits drängen.“

Sprecherin:

Eine solche Herausforderung ist für den wohnungspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion im Frankfurter Rathaus Sieghard Pawlik die Wohnungsfrage. Beim Jahresparteitag Mitte März 2013 forderte er Landes- und Bundesregierung auf, den Ernst der Lage zu begreifen und die

Mittel für den Wohnungsbau deutlich anzuheben.

O-Ton Sieghard Pawlik

Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen ist überall in der Stadt spürbar. Der Ballungsraum Rhein-Main ist dort ähnlich in der Entwicklung wie viele andere wirtschaftsstarke Ballungsräume. Die Menschen spüren das, sie spüren es zum Teil bei den Bestandsmieten, die Mieterhöhungen. Viel stärker ist die dramatische Entwicklung aber zu sehen bei Wiedervermietungsmieten, also wenn eine Wohnung leer wird, ein neuer Mieter kommt rein, ist es in vielen Fällen üblich, dass 30, 40, zum Teil 50 Prozent mehr gefordert wird an Miete als der vorhergehende Mieter gezahlt hat. Das ist für viele Menschen überhaupt nicht mehr bezahlbar. (...) In den Zuwachsstädten will ich das formulieren, mit starkem Bevölkerungszuwachs, ist eins völlig klar: es muss wesentlich mehr gebaut werden. Wenn man dieses Problem lösen will, geht dies nur, wenn der Bund, die Bundesregierung, das Land, also die Länder und die betroffenen Kommunen gemeinsam sich dem Problem stellen und auch die dafür erforderlichen Mittel bereitstellen und auch im Steuerrecht durch bessere Abschreibungsmöglichkeiten, wie sie zum Beispiel der Deutsche Mieterbund fordert, diesen Schritt zu gehen. Alleine wird das im kommunalen Bereich nicht lösbar sein.

O-Ton Tim Schuster

Also das Gebäude ist zum einen denkmalgeschützt, also eigentlich dürfte es gar nicht abgerissen werden, das ist aber natürlich kein Hindernisgrund, und es steht für nen ganz bestimmten, auch architektonischen Aufbruch nach dem zweiten Weltkrieg. Beim Uni-Neubau in den 50er Jahren wurde praktisch der größte Teil der Uni vom damaligen Universitätsbaumeister Ferdinand Kramer gebaut (...)

Sprecherin:

Tim Schuster ist Aktivist im Netzwerk „Wem gehört die Stadt?“. Er steht vor einem Ende der 50er Jahre erbauten Gebäude, dem sogenannten Philosophicum auf dem Gelände der 1914 gegründeten Goethe-Universität im Frankfurter Stadtteil Bockenheim. Der Soziologe und Philosoph Theodor W. Adorno hatte hier sein Arbeitszimmer.

O-Ton Tim Schuster

Der Skandal ist eigentlich, dass dieses Gebäude seit zehn Jahren leer steht. Seitdem die Institute auf den IG-Farben-Campus im Westend gezogen sind, steht das Gebäude leer und wenn man bedenkt, wieviel Raum in Frankfurt gebraucht wird, Wohnraum zum einen, zum anderen eben aber auch Raum für Künstler und einfach Freiraum in der Stadt, ist es ein ziemlich großer Skandal, dass das Gebäude seit zehn Jahren leer steht und auch ziemlich heruntergekommen ist.

Sprecherin:

Über die Nutzung des 16 Hektar großen frei werdenden Areals und den Erhalt der alten Gebäude in dem attraktiven Stadtteil streiten Politiker, Stadtplaner, Investoren und aufgebrachte Bürger seit Jahren.

Ein Thema, das auch der Bürgerinitiative „Zukunft Bockenheim“ unter den Nägeln brennt. Wie kann man die Vielfalt im Stadtteil erhalten und wie müssen Städte beschaffen sein, damit Menschen aus allen Schichten dort leben können? Fragen, die alle Bürger angehen, meint Anette Mönich.

O-Ton Anette Mönich

Da wird ein neuer Stadtteil entstehen und da war von Anfang an absehbar, dass, wenn wir uns da nicht massiv einmischen, es zu einer Aufwertung dieses Stadtteils kommt und das wir von daher die Absicht haben, die wir auch wahrgemacht haben, uns sehr massiv in den Gestaltungsprozess und Planungsprozess einzumischen.

Sprecherin:

Anette Mönich, Anfang Sechzig, pensionierte Graphikerin, ist Initiatorin und Sprecherin des

Stadtteilbüros der Bürgerinitiative Zukunft Bockenheim.

O-Ton Anette Mönich

Die Stadt möchte da auch bauen, auch Wohnungen bauen. Aber es ist immer wieder das gleiche, wir sind für erschwinglichen Wohnraum für mittlere und untere Einkommensgruppen auch und das Interesse der Stadt ist immer wieder teuer zu bauen und Eigentumswohnungen zu bauen, auch als Stadt, auch als städtische Wohnungsbaugesellschaft, und das ist etwas, was die Aufwertung vorantreibt (...) Das, was in Frankfurt neu ist, dass Lagenzuschläge erhoben werden, die sich nicht dadurch auszeichnen, dass man sagt, das ist eine gute Lage, weil da ist es schön ruhig, grün, Rasen oder ist halt schön, sondern diese Lagenzuschläge werden nur noch danach vergeben, wie diese einzelnen Stadtteile zu dem Zentrum stehen und wie in den letzten Jahren dort Eigentumswohnungen verkauft werden konnten. Also die orientieren sich im Prinzip an dem Immobilienmarkt, auch an der Entwicklung dieser Immobilienblase und treiben daher Mieten in die Höhe für Objekte, die als ausgesprochen schlichte Bauten bezeichnet werden können.

Sprecherin:

Vor allem Wohnungsbaugesellschaften machen bei Mieterhöhungen diese Lagenzuschläge geltend, private Vermieter ziehen nun nach. Im März 2012 gewann überraschend der Kandidat der SPD, Peter Feldmann, die Wahl zum Oberbürgermeister der Mainmetropole, „Mehr Wohnungen“, lautete sein zentrales Wahlversprechen:

O-Ton Anette Mönich

Ich finde das Problem, was da so ist in den Aussagen, gerade von Herrn Feldmann ist, dass halt immer ‚bauen, bauen, bauen‘ gesagt wird, und einmal nicht gesagt wird, was eigentlich da gebaut werden soll, für wen, ob das bezahlbarer Wohnraum ist. Und zweitens ist die Sicherung des Bestandes, des günstigen Wohnraums das Hauptproblem. Der Bestand macht die große Masse aus, das sind über 90 Prozent und wenn der nicht gesichert ist, können wir das abhaken. Wir müssen der Politik beibringen, wo da die Probleme sind und wo die Veränderungen nötig sind. Also weil die Mietgesetzgebung ist ne Katastrophe, diese Mietspiegel sind in allen Städten ne Katastrophe und besonders schlimm in Frankfurt.

Sprecherin:

Die neue Eigentümerin der Stuttgarter Eisenbahnerwohnungen, die Patrizia AG, plant im teuren Frankfurter Westend ein Großprojekt mit Luxuswohnungen. Wiederum ist es ein standardisiertes Angebot: eine eintönige Architektur repräsentativer Gebäude mit Eigentumswohnungen, dazwischen sterile Grünflächen. Lebendige Orte mit Straßen und Plätzen, wo Menschen sich begegnen und gerne aufhalten, sehen anders aus. Anette Mönich von der Stadtteilinitiative „Zukunft Bockenheim“ meint:

O-Ton Anette Mönich

Sie machen auch was daraus, was auch für reiche Leute, die in so einer Stadt wohnen wollen, stinklangweilig is. Also jetzt neulich war zum Beispiel, als wir hier plakatiert haben, kam da jemand vom Europa-Viertel an uns vorbei, der sagt, was macht ihr da, der dann gesagt hat, ja wir haben jetzt ein bisschen das Problem, dass wir von diesen Gallus-Leute so schief angeguckt werden, die kommen rüber und sprayen dann bei uns. Es können keine funktionierenden Strukturen auf diese Art und Weise entstehen, die zerschlagen eigentlich die Sozialstrukturen in den Stadtteilen mit dieser Mietpolitik und es kann auch für die neu hinzugekommenen Bürger, die vielleicht ein bisschen mehr verdienen, ist das eigentlich uninteressant.

Sprecherin:

Heiner Monheim, der renommierte Verkehrswissenschaftler, ist überzeugt, dass sich die autogerechte Stadt angesichts weiter steigender Energiekosten schon bald überlebt haben wird.

O-Ton Prof. Heiner Monheim

Da muss noch sehr viel mehr passieren, also da brauche ich wieder mehr Angebote um die Ecke, im Quartier und die bring ich aber nur unter, wenn sie kleinteilig sind. Unsere ökonomischen Prinzipien, die in den letzten fünfzig Jahren unheilvoll in die falsche Richtung gegangen sind, weil Transport ja nie ein limitierender Faktor war, also Öl gab's gewissermaßen fast umsonst. Der Kauf im Shoppingcenter auf der grünen Wiese, wo ich zwanzig Kilometer Fahrt für habe, der wird unbezahlbar, diese Strukturen werden immer fragwürdiger und dann wird es tatsächlich wieder interessant mit der Nähe zu punkten, auch mit dem Service zu punkten.

Sprecherin:

Von Stuttgart, seinem Wohnviertel und Lebensort, möchte sich Günter Krappweis nicht verabschieden, wenn er in einigen Jahren in Rente geht. Er möchte, wie viele Städter, in seiner Wohnung und in der Stadt bleiben können.

O-Ton Günter Krappweis

Ich denke, wir sind hier in Stuttgart auf nem guten Weg, dass sich hier also eine weitere Protestbewegung eben breitmacht. Und vielleicht hilft das ja dann, dass die Politiker dann doch eher mal auch auf das hören, was die Bevölkerung eigentlich wirklich drückt, und dass sie dann wirklich auch ihrem Wählerauftrag nachkommen und das tun in den Parlamenten, um die Leute zu vertreten und nicht nur irgendwelche Konzerne und Leute, die eben Geld haben.

Sprecherin:

An die eigentliche Aufgabe von Stadtplanung, an die Verpflichtung nämlich künftigen Generationen die Stadt als Erbe zu übergeben, erinnert der französische Philosoph und Psychoanalytiker Jacques Derrida in seinem Aufsatz „Generationen einer Stadt“:

Zitator:

„Katastrophal wird eine Stadtplanung immer dann, wenn sie alle Probleme in der Zeit einer Generation meint lösen zu können und den künftigen Generationen nicht als ihr Erbe die Zeit und den Raum geben will, und dies eben deshalb, weil die, die Bescheid wissen, die Architekten und Stadtplaner, im Voraus zu wissen glauben, wie es morgen aussehen muss und so die ethisch-politische Verantwortlichkeit durch ihre technisch-wissenschaftliche Programmierung ersetzen.“

\*\*\*

**Literaturhinweise:**

Elisabeth Blum/Peter Neitzke (Hg.): Boulevard Ecke Dschungel. StadtProtokolle; Edition Nautilus, Hamburg 2002

Henri Lefebvre: Le droit à la Ville; Paris 1968  
deutsch: Die Revolution der Städte; (reprint) Berlin 2003

Alexander Mitscherlich: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Eine Anstiftung zum Unfrieden; Suhrkamp Verlag, Frankfurt 2008

Petra Roth: Aufstand der Städte. Metropolen entscheiden über unser Überleben; Westend Verlag, Frankfurt am Main 2011

Christoph Twickel: Gentrifidingsbums oder Eine Stadt für Alle; Edition Nautilus, Hamburg 2010

„Wie sollen wir heute wohnen?“ Ferdinand Kramer 1956; Materialienheft. Ausstellung Frankfurt 2012

wiki. rechtaufstadt.net